Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Eurokrise
2. Turning the Tide on Austerity
3. Werner Rügemer: Der Rating-Komplex – Wie Kapital- und Staatsmacht den Markt manipulieren
4. Merkel plant "Wachstums-Agenda" für Europa
5. Rudolf Hickel – „Die Banken sollen wieder der Realwirtschaft dienen"
6. Lucas Zeise – Asmussens genialer Vorschlag
7. Kein Betreuungsgeld für Hartz-Vier-Empfänger
8. Erbschaftssteuer: Eine Steuer für die „glücklichen Spermien"
9. Gazprom feiert Rekordgewinn
10. Strom ist für viele Deutsche unbezahlbar geworden
11. Aldi torpedierte Betriebsratswahlen
12. Daniela Dahn – Krieg als vermeidbares Unglück
13. Meine Empfehlung zur Landtagswahl in NRW: Der Linken die Stimme geben
14. Aufstieg und Fall des Hauses Murdoch
15. Öffentlich-rechtliche Sender im Internet – Erstaunter Blick über den Rhein
16. Vergesst Broder!

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Eurokrise**
   a. **Gewährleistungen im Rahmen der EFSF**
   Die Europäische Finanzstabilierungsfazilität (EFSF) verfügt über ein maximales Ausleihvolumen von 440 Mrd. Euro. Davon sind derzeit Mittel in Höhe von rund 190 Mrd. Euro für die Programme für Irland, Portugal und Griechenland gebunden…
   Zur Finanzierung der Auszahlungen hat die EFSF bis einschließlich 31. März 2012 insgesamt 71 Mrd. Euro Mittel auf dem Kapitalmarkt aufgenommen. Der Betrag setzt sich zusammen aus den bereits erfolgten Auszahlungen in Höhe von 56 Mrd. Euro und einem Liquiditätspuffer von 15 Mrd. Euro…

Durch die Mittelaufnahe der EFSF bis Ende Märtz 2012 wurden unter Einberechnung der erforderlichen Übersicherung Garantien in Höhe von insgesamt 117,9 Mrd. Euro belegt. Für Deutschland ergibt sich hieraus eine Inanspruchnahme der Gewährleistungsermächtigung nach dem StabMechG in Höhe von 33,3 Mrd. Euro.
Quelle: Bericht des Bundesfinanzministeriums [PDF – 410 KB]

b. **Italiens Regierung spart bei Schulen und Polizei**
Der italienische Premier Mario Monti setzt seinen strengen Sparkurs fort. Der Regierungschef plant eine weitere Reihe von Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel, bis Ende 2013 eine ausgeglichene Bilanz vorzulegen. Die Sparmaßnahmen sollen am Montag vom Ministerrat beschlossen werden, berichteten italienische Medien. Die Ausgabenkürzungen sollen vor allem die Strafanstalten, das Schulwesen und die Polizei betreffen.
Die Zahl der Carabinieri soll bis 2024 von 180.000 auf 150.000 schrumpfen. 950 Richterstellen und 5.900 administrative Jobs im Justizsystem will Monti streichen. Mit den zusätzlichen Ausgabenkürzungen will die Regierung den Italienern eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer ab September ersparen.
Quelle: Der Standard

c. **Vom Biochemiker zum Au-pair: „¡Adiós, España!“**
Víctor Marí fand als Biochemiker keine Arbeit in Spanien. Jetzt arbeitet der Akademiker in Frankfurt – als Au-pair. Ein wenig schämt er sich. Allein ist er mit seinem Schicksal nicht.
Quelle: FAZ

d. **Wieder 40 Schüler pro Klasse**
Rund 100.000 Spanier demonstrieren landesweit gegen die Spar- und Kürzungsorgie der Regierung. Es scheint höchste Zeit zu sein. Weite Kreise der Bevölkerung drohen zu verarmen. […]
10 Milliarden Euro werden in Schulen und Krankenversorgung gekürzt. Die Klassenzimmer müssen künftig in der Oberstufe wieder 40 Schüler aufnehmen. Die Arbeitszeit der Lehrer wird verlängert. 80.000 Lehrerstellen werden verloren gehen. In den Universitäten werden Stipendien gestrichen und die Studiengebühren verdoppelt. Eltern- und Studentenverbände befürchten, dass künftig nur noch Kinder aus wohlhabendem Hause studieren können.
Mittlerweile gesteht selbst Bildungsminister José Ignacio Wert ein, dass mit diesen Maßnahmen „die rote Linie überschritten“ und die Qualität der Bildung leiden wird.
Quelle: taz

e. **Tschechiens Regierung entgeht Kollaps**

> Trotz des harten Sparkurses spricht das tschechische Parlament Petr Necas das Vertrauen aus. In Rumänien und den Niederlanden stürzten zuvor zwei EU-Regierungen über Kürzungen, die der Finanzkrise geschuldet sind.
> Nach der niederländischen ist auch die rumänische Regierung wegen ihrer Sparmaßnahmen gestürzt worden. Sieben Monate vor der Parlamentswahl sprach das Parlament Ministerpräsident Mihai Razvan Ungureanu das Misstrauen aus. (…) In dem zweitärmsten Land der Europäischen Union wurden Löhne gekürzt und Verbrauchssteuern erhöht, um die Wirtschaft auf eine solidere Grundlage zu stellen. Diese Maßnahmen haben jedoch die wirtschaftliche Erholung abgebremst und nun auch die Regierung von Ministerpräsident Ungureanu zu Fall gebracht.
> Quelle: FTD
>
> ***Anmerkung unseres Lesers G.K.:*** *In Rumänien genau wie anderswo: Neben der Kürzung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen werden mit den Verbrauchssteuern (v.a. der Mehrwertsteuer) zumeist nur jene Steuern erhöht, welche die Mittel- und Unterschicht überproportional belasten. Die Spitzensteuersätze bei der Einkommenssteuer, die Vermögenssteuer oder die Erbschaftssteuer hingegen bleiben fast immer unangetastet. Und dies, obwohl die Spitzenverdiener und Eigentümer großer Vermögen seit ca. zwei Jahrzehnten die eigentlichen Nutznießer der finanzkapitalistischen Fehlentwicklungen sind. Die fehlende Kritik nahezu aller Medien an dieser einseitigen Lastenverteilung lässt vermuten, dass dies mit deren ausdrücklicher Rückendeckung geschieht.*

2. **Turning the Tide on Austerity**
   This week the Economist places François Hollande, the socialist presidential candidate who is likely to win the election in France on May 6, on its cover with the headline "The rather dangerous Monsieur Hollande". A socialist in charge of Europe's second-largest economy is apparently cause for serious concern.
   But why? France is overburdened with a massive welfare state and needs to make changes, argues the Economist: "Public debt is high and rising, the government has not run a surplus in over 35 years, the banks are undercapitalised, unemployment is persistent and corrosive and, at 56% of GDP, the French state is the biggest of any euro country." But looking at the data, France actually does not seem to be doing particularly badly. A look at a few basic economic indicators over the past ten years fails to reveal any obvious signs of an economy that has been oppressed by an oversized government sector, as seen below.
   Yes, the French have chosen to allow the government to perform more functions than

in many other countries, but economic growth has not been notably worse than its neighbors, and its public debt burden is on par with Germany and the United Kingdom. Despite ideological wishes to the contrary, there is little evidence that countries that choose to have a larger government (within a reasonable range) perform worse economically.
Quelle: The Street Light

dazu: **Ist das der gefährlichste Mann Europas?**
Der sozialistische Kandidat wird als der nächste französische Präsident gehandelt, doch sein mangelnder Reformwille wäre schlecht für sein Land und vor allem für Europa, so schreibt die Londoner Wochenzeitung.
Quelle: The Economist via Presseurop

3. **Werner Rügemer: Der Rating-Komplex – Wie Kapital- und Staatsmacht den Markt manipulieren**
Wenn Staaten gut bewertet werden, dann spielen Höhe und Grad der Verschuldung keine Rolle. Ebenso fällt den Ratinganalysten nicht negativ auf, wenn in einem Staat wie etwa in den USA hohe Dauerarmut herrscht, wenn ein Staat Kriege führt, wenn er bei Banken, Konzernen und Vermögenden wenig oder gar keine Steuern einzieht. Ebenso hat noch nie eine Agentur von einem Staat verlangt, er solle Kapitalgewinne und Vermögen höher besteuern. Auch die systematische Umgehung nationaler Gesetze durch die Nutzung von Finanzoasen ist den Agenturen keine Beachtung wert, haben sie doch selbst und ihre Eigentümer dort ihren Sitz.
Und noch nie hat eine Ratingagentur wesentliche Einschnitte im Rüstungs-, Geheimdienst- und Überwachungsetat eines „Entwicklungsstaates“ oder eines „entwickelten“ Staates verlangt.
Wenn ein Staat stark heruntergestuft wird, wenn dann die Zinsen steigen und der Staat die Kredite nicht mehr aus seinen laufenden Einnahmen bedienen kann, dann lauten dagegen die Forderungen der Agenturen: Einschnitte bei den Sozialtransfers! Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst! Senkung von Löhnen und Renten! Verkauf öffentlichen Eigentums! Man müsste auch fragen, was die Höhe der Löhne mit der Sanierung des Staatshaushalts zu tun hat. Es ist nämlich eher andersherum: Hohe Löhne bringen dem Staat hohe Steuern.
Diese Forderungen stimmen mit denen der Finanzindustrie, der Konzerne, des IWF und der neoliberalen Lehre nahtlos überein …
Im Ergebnis sind Ratingagenturen keine selbstständigen und „objektiven“ Bewerter, sondern ausführendes Organ ihrer Eigentümer im Besonderen und der westlichen Kapitalmacht im Allgemeinen. Zudem sind sie tief verankert in staatlichen Regularien.

Deshalb darf sich die Alternative nicht nur auf die Agenturen beziehen, sondern muss letztlich das gesamte Finanzsystem, Wirtschaftssystem und das politische System umfassen.
Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik

4. **Merkel plant "Wachstums-Agenda" für Europa**
   Die Internationale Arbeitsorganisation macht die Sparpolitik für die zunehmende soziale Schieflage in Europa verantwortlich. Bundeskanzlerin Merkel will nicht am Fiskalpakt der Euro-Staaten rütteln – eine Wachstumsinitiative soll es aber trotzdem geben. […]
   Während Hollande staatliche Investitionsprogramme fordert, setzt Merkel auf Strukturreformen. So sollten die Krisenländer ihre Arbeitsmärkte nach dem Vorbild der deutschen Agenda 2010 deregulieren, das Renteneintrittsalter heraufsetzen und insgesamt ihre Wirtschaft liberalisieren.
   Quelle: Frankfurter Rundschau

   Anmerkung JB: *Merkel will also „Wachstum" durch neoliberale Reformen schaffen. Hartz IV für Europa? Das ist ja nicht neu, um so erstaunlicher ist es jedoch, dass die Medien Merkel ihre „Wachstums-Agenda" abnehmen und sie nicht in der Luft zerreißen. Auf dem europäischen Parkett wird es die Kanzlerin damit aber sicherlich nicht so einfach haben.*

5. **Rudolf Hickel – „Die Banken sollen wieder der Realwirtschaft dienen"**
   Der linke Wirtschaftsforscher Rudolf Hickel über die Macht der Finanzmärkte, die zerstörerische Kraft der Spekulation und die Verantwortung der Politik.
   Vor drei Jahren platzte in den USA die Immobilien-Spekulationsblase und riss die Welt in eine Rezession. Konjunkturprogramme und Bankenrettungen blähten die Staatsverschuldung auf. Daraufhin verloren die vom Staat geretteten Finanzmärkte ihr Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen, was wiederum zur Euro-Krise führte. Daher, so der Ökonom Rudolf Hickel, muss die Macht der Spekulation ein für alle Mal gebrochen werden. „Die Banken sollen wieder der Realwirtschaft dienen", fordert er.
   Quelle: Frankfurter Rundschau
6. **Lucas Zeise – Asmussens genialer Vorschlag**
   Der Chef der Europäischen Zentralbank Mario Draghi ist ein heller Kopf. Zwei Tage, nachdem die Wähler in Frankreich ihre Unzufriedenheit mit der Politik ihres Präsidenten ausgedrückt hatten und die rechte, superrigorose Regierung in den Niederlandes geplatzt war, plädierte der EZB-Chef bei der üblichen Befragung vor dem EU-Parlament für einen "Wachstumspakt", der den so erfolgreichen Fiskalpakt aufs Feinste ergänzen könne.

Noch schneller als Draghi ist freilich unser guter Bekannter Jörg Asmussen. Der noch relativ junge (Jahrgang 1966) Mann ist Anfang des Jahres aus dem einen Zentrum der Macht als Staatsekretär im Bundesfinanzministerium in das andere, das sechsköpfige Direktorium der EZB in Frankfurt aufgestiegen. Asmussen weiß schon vor Draghi, dass Wachstumsförderung politisch angezeigt ist, und er weiß auch, was das bedeutet: Bankenförderung.
Quelle: ZEIT Herdentrieb

7. **Kein Betreuungsgeld für Hartz-Vier-Empfänger**
   Kommentar von Birgid Becker
   Quelle: DLF
8. **Erbschaftssteuer: Eine Steuer für die „glücklichen Spermien"**
   Gleichmacherei oder Königsweg zur gerechten Gesellschaft? Um welche Werte (außer Geld) es bei der „Todessteuer" noch geht – und warum der Philosoph und Vordenker des Liberalismus John Stuart Mill für sie eintrat.
   Quelle: Die Presse

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Ein kurzer Streifzug durch die Geschichte der Erbschaftssteuer, allerdings hat die Journalistin das Buch von Jens Beckert, Direktor des Max-Planck-Instituts, gründlich missverstanden, wenn sie Beckert zuschreibt, die Heftigkeit der Debatte um die Erbschaftssteuer stünde keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung. Im Gegenteil, Beckert nennt Erbschaften als wichtigen Grund für die Verfestigung von Reichtumskonzentration über die Generationen hinweg. Richtig ist, dass Becker darauf verweist, dass die Erbschaftsteuer in Deutschland eine schwache Steuer sei. Nach einer vorsichtigen Schätzung werden jährlich etwa 75 Milliarden Euro vererbt. "Mit der Besteuerung von Tabak nimmt der Staat fast das Vierfache von dem ein, was aus Erbschaften an den Fiskus abgeführt wird", so Beckert. – Beckert analysiert in seinem Buch "Unverdientes Vermögen", das 2005 zum Juristischen Buch des Jahres gewählt wurde, die Debatten um das Erbrecht in Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten in den letzten 200 Jahren, wobei in jedem der drei Länder andere Aspekte im Vordergrund stehen. Wer nicht die Zeit findet, um Beckerts Buch "Unverdientes Vermögen" zu lesen, findet auf Boeckler Impuls eine Einführung und einen Link zu einem Arbeitspapier von Beckert: "Wie viel Erbschaftssteuern?" [PDF – 815 KB], noch kürzer einen Vortrag beim SW2 [PDF – 55 KB].*

   passend dazu: **Umfrage: Mehrheit der Deutschen will Vermögenssteuer zurück**
   Bei der SPD ist das Thema Vermögenssteuer derzeit in Mode. Und das zu Recht, wie eine Umfrage des Meinungsinstituts Forsa im Auftrag der Nichtregierungsorganisation Campact nahelegt. Den Ergebnissen zufolge, die der SZ

vorliegen, befürworten 77 Prozent der Deutschen die Wiedereinführung der Abgabe, die seit 1997 nicht mehr erhoben wird, jedoch nie offiziell abgeschafft wurde. Jedoch ist fraglich, was unter "Vermögen" genau verstanden wird – etwa Immobilien und Kapital, aber auch Schmuck – und wie dessen Wert bestimmt wird. Über die bürokratische Umsetzbarkeit der Steuer gibt es deshalb seit Jahrzehnten Zweifel und Streit. Ordnet man die Antworten der Befragten nach Parteipräferenz, ergibt sich ein überraschendes Bild: 65 Prozent der Anhänger von CDU und CSU sind der Umfrage zufolge für eine Vermögenssteuer. Noch deutlicher ist der Wert bei den FDP-Anhängern (73 Prozent). Dabei sind Union und Liberale bislang strikt gegen die Wiedereinführung der Steuer.
Quelle: SZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Es gibt noch eine ganze Reihe solcher Mehrheiten, z.B. in der Rentenfrage, bei der Privatisierung der Versorger, beim Mindestlohn, beim Afghanistaneinsatz usw. – und dennoch entscheidet sich Wahlbürger für diejenigen, die nichts davon aufnehmen und umsetzen.*

9. **Gazprom feiert Rekordgewinn**
Der russische Energiekonzern Gazprom hat dank steigener Gaspreise einen Rekordgewinn verbucht. Der Staatskonzern steigerte seinen Nettogewinn im Vergleich zum Vorjahr nach eigenen Angaben um 35 Prozent auf umgerechnet etwa 34 Milliarden Euro. Der Umsatz des größten Erdgasproduzenten der Welt legte um 29 Prozent auf 120 Milliarden Euro zu.
Weltweit verkaufte Gazprom im vergangenen Jahr 519 Milliarden Kubikmeter Gas. Das bedeutete ein Plus von knapp fünf Prozent. Die Exportmenge nach Europa legte um annähernd sechs Prozent zu, die Ausfuhren in die früheren Sowjetrepubliken um mehr als 16 Prozent. Auch aufgrund der Wechselkursentwicklung stiegen die Umsätze aus dem Gas-Verkauf aber deutlich stärker. Die Einnahmen aus den Geschäften mit den Ex-Sowjetrepubliken schnellten um 42 Prozent in die Höhe, bei den europäischen Abnehmern und anderen Ländern lag die Zuwachsrate bei 31 Prozent.
Den Rekordgewinn verdankte Gazprom somit nicht nur der höheren Nachfrage; die ausländischen Kunden mussten auch deutlich mehr für das russische Gas bezahlen. Die Lieferungen verteuerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 22,8 Prozent. Für internationale Abnehmer war das Gazprom-Gas durchschnittlich vier Mal so teuer wie für die Verbraucher in Russland.
Quelle: Tagesschau

dazu: **Kleine Clique im Kreml profitiert vom Gasgeschäft**
Der Öl- und Gaskonzern Gasprom sei eine Gefahr für Europa. Staatschef Putin spielt

dabei eine wichtige Rolle, sagt Jürgen Roth
Quelle: Der Standard

10. **Strom ist für viele Deutsche unbezahlbar geworden**
Hunderttausende Haushalte in Deutschland können ihren Strom nicht mehr zahlen und sind deswegen vom Netz abgehängt. Die steigenden Preise durch die Energiewende haben die Lage verschlimmert."
Bei niedrigen Einkommen schlagen die steigenden Stromkosten voll durch", sagte die Chefin des größten deutschen Sozialverbandes. Der Vorstand der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Klaus Müller, schätzt: "Zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung kämpfen damit, die stetig steigenden Energiekosten zu finanzieren."
Dabei seien Geringverdiener und Rentner noch stärker als die Bezieher von Hartz IV betroffen, bei denen zumindest die Heizkosten in der Regel von den Sozialbehörden übernommen werden. "Früher war Energiearmut ein Randphänomen, doch mittlerweile ist es für viele ein Alltagsproblem geworden", sagte Müller.
Laut Umfrage der Verbraucherschützer bei den Energieversorgern wird pro Jahr bei rund 600.000 Haushalten aufgrund nicht gezahlter Rechnungen der Strom gesperrt.
Quelle: WELT

Anmerkung JB: *Die WELT macht die EEG-Gesetze monokausal für die Teuerung verantwortlich. Da könnte man zynisch fragen, wie viele Anzeigen die Stromoligopolisten EON, ENBW, Vattenfall und RWE in diesem Jahr bei Springer geschaltet haben – mit ihren Milliardengewinnen können sie sich das natürlich leisten.*

11. **Aldi torpedierte Betriebsratswahlen**
Drei Kassierer aus Frankfurt wollten einen Betriebsrat gründen, doch der Discounter hinderte sie daran. Ihr Kampf gewährt einen tiefen Einblick in das System Aldi: Mit Abmahnungen versuchte der Konzern, die Gründungsversuche zu ersticken. Als es plötzlich doch einen Betriebsrat gab, war er mit den Filialleitern besetzt.
Quelle: Süddeutsche Zeitung
12. **Daniela Dahn – Krieg als vermeidbares Unglück**
Juliane Wetzel hat Günter Grass im Freitag vorgeworfen, er bediene antijüdische Klischees. Andere haben kritisiert, Grass spiele mit Tabus. Daniela Dahn zieht nun Bilanz
Ist die Debatte um den als Gedicht kostümierten Warnruf von Günter Grass als Gelegenheit zum kollektiven Nachdenken genutzt worden? Das wäre ein Wunder gewesen, bei den tradierten Riten der deutschen Öffentlichkeit. Diese hat ein Beschimpfen und Beleidigen vorgezogen, ein Unterstellen von Schuld und falscher Gesinnung, ein Anempfehlen von Schreibverzicht und Klappe halten. Die Risiken und

Nebenwirkungen intellektueller Einmischung sind hierzulande hoch. Dass da jemand, ob altersweise oder -eigensinnig, einzig die Sorge um einen von Tag zu Tag absehbareren, ebenso verheerenden wie vermeidbaren Krieg umtreibt, wird auf dem Schlachtfeld der Polemik als Motiv nicht durchgelassen.
Quelle: Der Freitag

13. **Meine Empfehlung zur Landtagswahl in NRW: Der Linken die Stimme geben**
von Arno Klönne
Welches taktische Kalkül SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen dazu gebracht hat, Neuwahlen zu arrangieren, und weshalb die CDU sich darauf eingelassen hat, darüber kann man rätseln. Die juristische Begründung dafür war windig. Aber nun steht der «Gang zur Urne» an, und das Wahlvolk wird mit einer Parteienwerbung belästigt, die ganz überwiegend peinlich wirkt. Das ermuntert nicht gerade dazu, sich an dem Wahlakt zu beteiligen.
Quelle: SoZ Sozialistische Zeitung
14. **Aufstieg und Fall des Hauses Murdoch**
In Großbritannien musste sich der Medienmogul Rupert Murdoch der Öffentlichkeit stellen. Ein ähnliches Vorgehen gegen Springer in Deutschland wäre undenkbar.
Ein Großunternehmer, Multimillionär, Medienmogul muss Rede und Antwort stehe – nicht im privaten Kamingespräch, auch nicht in einem straf- oder zivilrechtlichen Verfahren. Sondern in der britischen Sonderform der Inquiry: öffentlich, mit den gleichen Spielregeln wie im Gerichtsprozess – aber zu Fragen, die weit über den engen Ansatz der reinen Juristerei hinausgehen. Das kommt alles noch – beziehungsweise läuft parallel.
Alle Unterlagen, schriftliche Einlassungen, Dokumente stehen im Internet; die Inquiry wird live gestreamt und steht später als Download zur Verfügung; auch die kompletten Wortlautprotokolle werden umgehend online gestellt. Rupert Murdoch ist nackt, inklusive des netten Zitats über den früheren Labour-Premierminister Tony Blair, mit dem würde er sich gut verstehen, allerdings sei das Verhältnis „noch nicht so gut, dass man zusammen die Hosen runterlassen würde“…
Doch die Politik steht genauso unter Beschuss, allen voran Premierminister David Cameron…
Quelle: taz
15. **Öffentlich-rechtliche Sender im Internet – Erstaunter Blick über den Rhein**
In Deutschland zanken sich Verleger und öffentlich-rechtliche Sender um die Hoheit im Internet. Ganz anders in Frankreich. „Arte“ tobt sich im Netz aus…
Konkurrenz im Netz, auch zwischen den in Deutschland so verkämpften Mediengattungen Print und Fernsehen, sei geradezu gewollt, „man sieht das eher als sportlichen Wettbewerb“…

Wenn man den öffentlich-rechtlichen Sendern aber in der digitalen Welt zu viele Beschränkungen aufzwinge, „kommt ein anderer und räumt den ganzen Kuchen ab“, meint Hauser: „Das wird dann zum Google-Hupf.“
Quelle: taz

16. **Vergesst Broder!**
Henryk Broder geht es in seinem neuen Buch nicht einmal um die Aufarbeitung von Auschwitz – sondern nur um die Verteidigung des zionistischen Israels.Das ist doch wirklich ein Scheißbuch von einem Scheiß-Giftzwerg. So zumindest hätte es wohl Broder an meiner Stelle ausgedrückt, wenn er ich wäre und etwas über Broder schreiben würde. Aber ich bin nun mal nicht Broder und kann nur in meiner eigenen Sprache sprechen: Dieses Buch ist eine Zumutung. Nicht, weil mir die These nicht passt, sondern weil es so etwas wie These, Antithese und Synthese, weil es eine dialektische Auseinandersetzung, weil es Niveau, Fairness, Korrektheit oder mindestens irgendeine Spur von echtem Willen, etwas zur Diskussion zu stellen, Debatte zu machen, auf diesen 172 Seiten Broder schlicht nicht gibt. […]
Warum ist „Vergesst Auschwitz“ ein blödes Buch? Henryk M. Houdini – der Wortzauberer. Klar, man könnte dem Wüterich auch einfach folgen und Spaß haben, so wie man bei einem Comedian – sagen wir mal – in eine lustige Genderphilosophie einsteigt, Henryk M. Hirschhausen erklärt die deutsche Krankheit „Auschwitz-Komplex“. Eine polternd-intelligente Burleske? Nein, Broders Burleske ist vor allem aus einem Grunde besonders schlecht: Sie ist falsch etikettiert. Da wird eine Kohlroulade voll Schweinefleisch als „gefilter Fisch“ verkauft und der Hefezopf der oberschlesischen Oma kurzerhand als jüdischer Challah feilgeboten. Da wird ein schlappes Argument aufgepumpt mit der nächstbesten Blödheit.
Quelle: The European